

ITEM No. 6787/56

KK
July 6
IX/05099

EAST BLOC

/EAST GERMANY, HUNGARY, USSR/

COMMUNIST TRADE PROCEDURES UNDERGOING CHANGES.

SOURCE VIENNA: VIENNA trade circles.

DATE OF OBSERVATION: Late June, 1956.

ENGLISH SUMMARY: An analysis of recent East-West trade activities shows that the Communists are altering their trade regulations in international practice. Individual firms and factories are being given a freer hand in arranging Western trade agreements. The Yugoslav influence is clearly noted.

GENERAL DESK EVALUATION COMMENT: None.

HUNGARIAN EVALUATION COMMENT: The fact that some State enterprises have been authorized to export directly their products was reported in the Hungarian press. It must, however, be pointed out that so far these few enterprises were authorized only to export. Hungarian imports continue to go through the State-run foreign trade enterprises.

X X X

In bestimmten Kreisen der österreichischen Wirtschaft ist seit langem die Frage erörtert worden ob der Handelsverkehr mit den Staatsmonopolen des Ostblocks nach den traditionellen Grundsätzen der Konkurrenzwirtschaft durchgeführt werden könne oder ob den staatlichen Handelsmonopolgesellschaften nicht auch auf österreichischer Seite "einhändige" Gesellschaften oder Zusammenschlüsse /Ringe/ entgegengestellt werden sollten. Die Antwort auf diese Frage kommt nun aus dem Ostblock selbst, der schrittweise darangeht, das Konzept seiner Aussenhandelslenkung zu ändern, das starre Monopol weniger staatlicher Grossgesellschaften aufzulockern, den einzelnen Betrieben mehr Bewegungsfreiheit zu gewähren.

Den ersten Schritt auf diesem Weg tat die Deutsche Demokratische Republik, die schon vor längerer Zeit einigen ihrer gros-

/more/

sen und für ihren Aussenhandel besonders wichtigen Betrieben in Form von Devisen -- Belassungsquoten nach Jugoslawischem Muster -- die Möglichkeit gab, selbständige, nicht über die DIA-Fachanstalten zentral gelenkte Einkäufe im Ausland zu tätigen. Die Fachanstalten des DIA /Deutsche Innen- und Aussenhandel/ hatten bis vor kurzem als gesamte Einkaufslenkung und Exportabwicklung in ihrer Hand vereinigt. Daraus ergaben sich zahlreiche Unzukömllichkeiten, weil in diesem gigantischen Apparat eine wirkliche Abstimmung der Abschlüsse mit den Gegebenheiten des Weltmarktes einfach unmöglich ist. Man erkannte, dass das Streben nach Rentabilität mit straffer Zentralisierung nicht zu vereinbaren ist und schritt daher zu stärkerer Dezentralisierung von Planung und Durchführung, indem den Betriebsleitern der volkseigenen Betriebe grössere Entscheidungsfreiheit eingeräumt wurde.

Hand in Hand damit ist die DDR bemüht, ihre Marktforschung auszuweiten, indem die Kammervvertretungen im Ausland -- in Ermangelung der diplomatischer Anerkennung -- erweitert und auf diese Aufgabe eingestellt werden sollen, um so den nun selbstständigen Betrieben Unterlagen über die Preisbewegung auf den Weltmärkten, über Börsenkurse, Lieferkonditionen der Konkurrenz und dergleichen mehr zur Verfügung stellen zu können.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Rahmen den Exportausschüssen zu. Solche gibt es für die volkseigene Wirtschaft nach Branchen gegliedert. Die Kammer für Aussenhandel der DDR ist das Koordinationsorgan für diese Ausschüsse, von denen nun auch für das Handwerk welche errichtet werden sollen. Ein weiterer Schritt in die Richtung auf die Intensivierung des Eigen-Exportgeschäftes bahnt sich mit der Bildung von sogenannten "Leitfirmen" an. Das sind meist Grossbetriebe der Maschinenbauindustrie der DDR, die zunehmend dazu übergehen, Zulieferaufträge direkt von der exportierenden Firma aus zu vergeben, womit sie in direkten Gegensatz zur bisherigen Tendenz stehen, alle Projekte zur Gänze durch den "DIA-Ivest-Export" Konzern bearbeiten zu lassen.

Neuerdings machen sich auch in Ungarn Bemühungen in ähnlicher Richtung bemerkbar. Die zuständigen ungarischen Regierungsorgane haben jüngst bekanntlich einigen Betrieben des Maschinenbaues die Genehmigung erteilt, in Hinkunft Geschäfte mit ausländischen Interessenten selbständig abschliessen zu dürfen, nachdem bisher das gesamte Ein- und Ausführgeschäft Ungarns in den Händen von rund 30 Staatgesellschaften vereinigt war. Diese Änderung wird mit dem Hinweis begründet, dass die volksdemokratische Wirtschaft ihren Konkurrenzkampf mit Ländern nur dann bestehen können, wenn sie selbst auf kapitalistische Art Handel treiben und sich die Gepflogenheiten des kapitalistischen Weltmarktes zu eigen machen. Das bisherige Verfahren des Aussenhandels sei viel

zu bürokratisch, schwerfällig und verlustreich gewesen.

In der jüngsten Zeit sind neuerdings auch sowjetische Industriebetriebe auf westlichen Märkten als selbständige Geschäftspartner aufgetreten. Es ist aber bisher noch nicht bekanntgeworden, wie diese Betriebe intern mit den staatlichen Aussenhandelsunternehmen zusammenarbeiten, um die im Interesse der Planung notwendige Abstimmung ihrer Exportgeschäfte vorzunehmen. Man wird es jedoch sicher vermeiden, diesen Unternehmen eine zu grosse Selbständigkeit zu geben, die dann eventuell revidiert werden müsste, wie dies beispielsweise bei den jugoslawischen Experimenten auf diesem Gebiete der Fall gewesen ist.

Wenn damit dem Leninischen Prinzip vom absoluten Staatsmonopol im Aussenhandel auch nicht abgeschworen, dieses vielmehr nur auf staatliche Produktionsgesellschaften delegiert wird, so stellt die sich anbahnende Wandlung im Aussenhandelsverfahren des Ostblocks doch ein bemerkenswertes Eingeständnis dar.

Wirtschaftsfachleute weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nach dem XX. Parteikongress in MOSKAU die oben angeführten Tendenzen beschleunigt wurden, dass man zwar den in Jugoslawien in der Praxis gemachten Fehlern aus dem Wege gehen möchte, die Generallinie jedoch unzweifelhaft jugoslawische Wirtschaftsideen als Basis hat.

End.